

Anlagekarte zur Neuausschreibung von Personalausweisen wegen "Beatle-Frisuren"

Am Aussehen von Jugendlichen versuchte die Staatssicherheit die politische Einstellung und eine Zugehörigkeit zur jugendlichen Subkultur der 60er Jahre etwa den "Beat-Gruppen" oder den "Gammlern" festzumachen. Das Tragen einer "Beatle-Frisur" konnte weitreichende Folgen haben.

In den 60er Jahren trat der Beat seinen Siegeszug um die Welt an. Mit der Musik von Bands wie den Beatles oder den Rolling Stones entwickelten junge Leute neue Vorlieben und distanzierten sich von der Generation ihrer Eltern. Ein neues Lebensgefühl entstand vor allem im Westen, aber verzögert und modifiziert auch hinter dem Eisernen Vorhang. Unter dem Einfluss der Entstalinisierung in der Sowjetunion unter Nikita Chruschtschow lockerte auch die SED in der DDR ab 1962 vorübergehend ihre Jugend- und Kulturpolitik. In der Folge formierten sich auch hier Beat-Bands, die sich an den neuen westlichen Musikrichtungen orientierten.

Nach dem Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 und mit dem "Kahlschlagplenum" der SED vom Dezember 1965 endete jedoch diese kurze Phase der Liberalisierung. Die Staatsführung beäugte die mit der westlichen Musik verbundene Jugendkultur zunehmend argwöhnisch, weil hier junge Menschen abseits der staatlich kontrollierten Massenorganisationen weitgehend selbstbestimmt zusammenfanden. Der westliche Einfluss auf die DDR-Jugend erschien auch der Stasi gefährlich. Sie vermutete hier den planvollen Versuch westlicher "Feindzentralen", junge DDR-Bürger für sich zu gewinnen und damit den Nährboden für politische Opposition zu legen.

Das MfS sammelte im Zuge der Bekämpfung des "feindlichen ideologischen" Einflusses auf Jugendliche Informationen über das Aussehen von sogenannten "Gammlern" und "Beat-Gruppen". Auf der vorliegenden Anlagekarte sind jeweils zwei Bilder von insgesamt vier Personen zu sehen, die sich im Zeitraum von 1964 bis 1966 lange Haare wachsen ließen. Die Dokumentation der "Beatle-Frisuren" hatte den Zweck, den betreffenden Personen den Personalausweis zu entziehen und ihnen dafür den diskriminierenden Ersatzausweis PM 12 auszuhändigen.

Dieser "vorläufige Personalausweis" wirkte als Signal bei Kontrollen. Der Besitzer oder die Besitzerin wurde zumeist besonders intensiv überprüft. Zudem berechnete der PM12 nicht zum Grenzübergang in Länder des Ostblocks. Reisen ins westliche Ausland waren ohnehin ausgeschlossen. Die Abkürzung PM steht für die ausstellende Behörde, das Pass- und Meldewesen. Die Nummer 12 ist eine fortlaufende Nummer und bezeichnet das zwölfte Formular der Behörde.

Signatur: BArch, MfS, HA XX, Nr. 10055-10056, Bd. 2, Bl. 65-66

Metadaten

Urheber: MfS

Datum: 1966

Rechte: BStU

Anlagekarte zur Neuausschreibung von Personalausweisen wegen "Beatle-Frisuren"

BStU
000065

ANLAGEKARTE

B e t r e f f

Neuausschreibungen vom Personalausweisen und PM 12
aufgrund von "Beatle-Frisuren"







Blatt

KP 10 a (87/11) 3372 12.61 Ag 464/61

Signatur: BArch, MfS, HA XX, Nr. 10055-10056, Bd. 2, Bl. 65-66

Blatt 65

Anlagekarte zur Neuausschreibung von Personalausweisen wegen "Beatle-Frisuren"

<p>PM 1 vom 21.3.1964 u. PM 1 vom Februar 1966</p> <p>BS+U 000066</p>		
<p>PM 1 vom 18.3.1964 u. PM 1 vom 2.3.1966</p>		
<p>PM 1 vom 18.3.1964 u. PM 1 vom 11.2.1966</p>		
<p>PM 1 vom 15.9.1964 u. PM 1 vom 11.2.1966</p>	